

Stefan Weber
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Rede zum städtischen Haushalt 2024

Rathaus zu Münster, 13. Dezember 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 13. Dezember, 17.00 Uhr

Herr Oberbürgermeister, meine verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Krisen und Kriege versetzen die Bürger in Angst und Schrecken. Schwere dunkle Schatten haben sich über Deutschland und Europa gesenkt. In diesen Zeiten kommt es umso mehr auf Gemeinsinn und Zusammenhalt der Stadtgesellschaft an. Das ist entsprechend der Gemeindeordnung auch der Auftrag an uns alle im Rat der Stadt Münster.

Das Jubiläum 375 Jahre Westfälischer Friede hat angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine und die europäische Friedensordnung und angesichts des Terrorangriffs der Hamas auf Israel die überragende Bedeutung von Frieden und Freiheit deutlich gemacht. Wir werden kommunal kaum die Chance haben, den Lauf der Weltgeschichte entscheidend zu beeinflussen, aber wir nutzen unsere wenigen Handlungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit mit unseren bedrängten Partnerstädten im israelischen Rishon LeZion oder im ukrainischen Winnyzja.

Es liegt eine Spur von Tragik, dass die Bundesregierung in dieser gefährlichen Weltlage kraft- und ideenlos ist. Gäbe es ein politisches Umtauschrecht, sie würde noch vor Weihnachten ausgetauscht. In der Berliner Ampelregierung wurde zusammengeschustert, was nie zusammengepasst hat. Die Selbsttäuschung von SPD, Grünen und FDP wurde mit Geld zugedeckt, das es nicht gibt. Nun hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung zum politischen Offenbarungseid gezwungen.

Auf diesem Schlingerkurs befindet sich auch die linke Mehrheit in Münsters Rathaus. Wir erleben einen politischen Epochenbruch, aber das von den Grünen dominierte Bündnis unter Führung der Grünen ist kopflos in der Krise.

Wer sich wie Grüne und SPD mit ihren Gefolgschaftsgruppen brüstet, nur knapp 4 Millionen Euro mehr auszugeben als von der Verwaltung vorgeschlagen, der hat die Zeichen der Zeit garantiert nicht erkannt. Wer öffentlich erklärt, Haushaltspolitik mache keinen Spaß, der hat nicht verstanden, dass Politik nicht Spaß, sondern Sinn machen soll.

Mit der heutigen Mehrheit im Rathaus rückt die Haushaltssicherung immer näher. Die Herrschaft über die eigenen Finanzen droht zu entgleiten. Dann wird die Kommunalpolitik von der Bezirksregierung und nicht mehr im Rathaus von gewählten Mandatsträgern

bestimmt. Mit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit hat die linksgerichtete Politik nichts zu tun. Über dringend notwendige Einsparungen wird kein Wort verloren. Grüne, SPD et cetera leben in einer politischen Phantasiewelt.

Das verkehrspolitisch nutzlose 29-Euro-Ticket wird weiter mit Millionen bezuschusst, aber Bauen und Wohnen fehlen komplett in den Etatvorstellungen. Die lange angekündigte Stärkung der städtischen Wohnungsbautochter Wohn- und Stadtbau ist noch immer nicht vollständig vollzogen. Wärmedämmstandards, die Grüne und SPD im Bund abgeschafft haben, sollen in Münster beibehalten und damit der dringend notwendige Wohnungsbau weiter belastet werden.

Angesichts des von der Berliner Ampelregierung angerichteten Haushaltschaos' ist nun auch noch die Reaktivierung der Bahnstrecke im Südosten und damit die Verkehrswende zur Münsterland-S-Bahn gefährdet. Wir sollten lieber diesen drohenden Ausfall aus städtischen Mitteln kompensieren, statt grün-rote Klientelinstitute mit noch mehr Geld auszustatten.

Dagegen tut die Linksmehrheit nichts für das, was Münsters Strahlkraft ausmacht. Niemand würde sich wundern, wenn von solcher Seite noch nachträglich die großartige Jahresfeier zum 375. Jubiläum des Westfälischen Friedens bemosert würde, eben weil das Fest große Klasse und nicht permanente Nabelschau war.

Der Westfälische Reiterverein erbringt aus eigenen Mitteln mehr als eine Million Euro für das renommierte Turnier der Sieger. Aber der Mehrheit hier ist das keinen Euro mehr wert, obwohl die Stadt an dem Turnier sogar unmittelbar verdient. Der Mühlenhof wird hingehalten und abgespeist, weil das Bündnis um die Grünen parteipolitische Lieblingsprojekte bedient und ein Sammelsurium an politischem Kleinklein finanzieren muss, um über Grüne und SPD hinaus noch politische Gruppen zu sponsern und hier im Rat überhaupt eine Mehrheit hinzubiegen.

Die wachsende Stadt braucht Zusammenhalt. Aber das findet bei der Linksmehrheit nur grundsätzliche, nicht tatsächliche Zustimmung. So bekommt Gremmendorf, der am stärksten wachsende Stadtteil, kein Geld für ein Bürgerhaus der gesellschaftlichen Zusammenkunft. Bürgerschaftliche Institutionen des Eigenengagements und der Eigenverantwortung wie das Turnier der Sieger, der Mühlenhof oder der Zoo, der seine Tarifierhöhungen ohne den Gesellschafter Stadt Münster stemmen soll, gehen leer aus.

Dagegen gibt es für das Hansaforum 720.000 Euro vom Bund und nochmals 120.000 Euro von der Stadt obendrauf. Ehrenamtliches Engagement ist dort Fehlanzeige, dafür werden dort sicher so segensreiche Projekte wie eine „Schnippeldisko“, was immer das auch sein mag, selbst mit Zustimmung der FDP gepampert.

Bei den Grünen hat man inzwischen den Eindruck, sie machen alles mit oder ihnen ist alles egal, wenn bloß eine linke Mehrheit zustande kommt. Die Grünen vertagen Nachhaltigkeit und haben für diesen Haushalt 2024 keinen einzigen Antrag vorgelegt, der dem Klimaschutz und dem Ziel der Klimaneutralität dient.

Die CDU hat Respekt vor der ganzen Stadtgesellschaft. Von der freien Szene bis zum Schützenfest. Das ist die Voraussetzung für vernünftige Kommunalpolitik. Wir setzen auf klare Prioritäten einer vernünftigen städtischen Finanzpolitik gegen das linksgrüne Sammelsurium der Beliebigkeit. Der städtische Haushalt 2024 muss angesichts der höchst angespannten Finanzlage eine Haushaltssicherung durch die Kommunalaufsicht und damit den Verlust der eigenen Finanzhoheit vermeiden. Münster hat tatsächlich kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Wir müssen für neue Ausgaben erst einmal den Spielraum erarbeiten. Daher fordern wir die Abschaffung des teuren und verkehrspolitisch nutzlosen 29-Euro-Tickets der Stadt. Wir sollten besser in die Qualität des Busverkehrs investieren und die Ausdünnung der Fahrpläne nicht hinnehmen. Qualität statt billig und Pendlerparkplätze für moderne, differenzierte Mobilität statt verkehrspolitischem Einheitsbrei gegen die Autofahrer!

Gestrichen haben wollen wir auch die Personalkosten von 190.000 Euro pro Jahr für die Baumschutzbürokratie. Sie ist ein Beispiel für überflüssige Ausgaben, auf die Münster mühelos verzichten kann. Die städtische Finanzplanung braucht nach Ansicht der CDU eine externe Fachanalyse, da nur so der notwendige Veränderungsdruck und eine zügigere Digitalisierung der städtischen Verwaltung zu leisten sind.

Bauen und Wohnen bilden einen weiteren Schwerpunkt unserer Politik. Die speziellen preistreibenden Baustandards, die der Bund inzwischen zurückgenommen hat, sollten in Münster nicht länger Gültigkeit haben. Die CDU will sie auch in Münster abschaffen. Es ist absehbar, dass sich die Lage am Wohnungsmarkt weiter verschärfen wird und 2025 bereits die jährlich geforderten 2.000 Neubauwohnungen nicht zu schaffen sind.

Zur Lösung der problematischen Personallage bei den Kindertagesstätten fordert die CDU eine Lösung von Stadt und Land Nordrhein-Westfalen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter gewährleistet werden kann. Allgemeine Bildung in Schule und Beruf müssen Vorrang haben, auch wenn Münster nach Einschätzung seiner Schulleiter nicht wie Deutschland nach der jüngsten PISA-Studie immer dümmmer wird.

Dringend erforderlich ist nach Auffassung der CDU eine viel intensivere Vorratspolitik für Gewerbeflächen. Da gibt es fast keine Reserven mehr, und das ist eine große Gefahr für Wirtschaft und Arbeit der Zukunft. In der kommunalen Sicherheitspolitik setzt die CDU auf eine gemeinsame Wache des städtischen Ordnungsdienstes mit der Polizei am Hauptbahnhof und die Stärkung des dort tätigen Drogenhilfevereins, um das Quartier um den Hauptbahnhof mit Anliegern, Handels- und Gewerbebetrieben zu stabilisieren.

Für die Ziele kommunalpolitischer Vernunft aber ist die derzeitige Mehrheit im Rathaus nicht zu haben. Beim Bundeskanzler Scholz ist es bekanntlich so, dass er für alles einen Plan hat, den aber nur er kennt und den er niemandem verrät. Bei der Linkskoalition im Rathaus ist es umgekehrt: Sie hat keinen Plan, aber redet viel und will ihren Spaß. Das ist für eine Großstadt nicht genug und für eine wachsende Stadt wie Münster viel zu wenig. Dafür haben sie aber mit Scholz eines gemeinsam: Sie können es nicht.

Münster kann mehr!